

Konrad-Adenauer-Stiftung und Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus

Veranstaltung am 5. Januar 2014
Steigenberger Grandhotel Petersberg

Aus der Katastrophe der Kriege zur europäischen Einigung

Vortrag von

Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin

Sehr geehrter Herr Pöttering,
Sehr geehrter, lieber Herr Rüttgers,
Sehr geehrte Familie Adenauer,
Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Das große Jahr der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, an seinen Beginn vor hundert Jahren ist erst einige Tage alt. Aber schon seit Monaten werden wir in den Medien, in den Feuilletons, in Buchveröffentlichungen, in populären Magazinen darauf eingestimmt. Wenn meine Eindrücke nicht ganz falsch sind, dann ist diese Erinnerung nicht selten eher düster und melancholisch gefärbt. Natürlich – es geht ja nicht um das erleichterte Gedenken an ein Kriegsende, oder einen demokratischen Neubeginn, sondern um die prekäre Vergegenwärtigung eines Absturzes, des Absturzes in die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Es geht um ein jähes Ende einer langen europäischen Friedensphase, die zugleich – vor allem in den zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg – eine Phase der Zukunftszuversicht angesichts technischen und wissenschaftlichen Fortschritts und wirtschaftlicher Prosperität gewesen ist, nicht zuletzt in Deutschland, im wilhelminischen Kaiserreich.

Aber das ist es nicht allein. Denn „Erinnerung“ ist nicht einfach der Blick in die Vergangenheit, sondern entwirft diese Vergangenheit immer unter dem Eindruck der eigenen Gegenwart. Die melancholischen Töne und ängstlichen Gesten dieser Tage in der Vergegenwärtigung von „1914“ spiegeln also Befindlichkeiten des frühen 21. Jahrhunderts, und sie spiegeln zumal eine Unsicherheit über die Verfassung und Zukunftsfähigkeit Europas. Wie stabil ist das europäische Haus, das wir, das Staatsmänner wie Konrad Adenauer nach dem Zweiten Weltkrieg gebaut haben? Offenbart die tiefe Krise Europas in den vergangenen Jahren, bis hin zu der Zerreißprobe der Währungs- und Staatsschuldenkrise mit ihrem Höhepunkt in 2012/13 nicht die innere Auszehrung, die Fragilität des vermeintlich schon historisch gesicherten Bauwerks? Und von hier aus ist es nicht mehr

weit zu der immer wieder insinuierten, gelegentlich auch offen gestellten Frage: Stehen wir heute in einer ähnlichen Situation wie unsere Großväter und Urgroßväter (wie die Generation Konrad Adenauers) vor einhundert Jahren? Das muss nicht den Absturz in mörderische Gewalt, in millionenfaches Gemetzel bedeuten. Aber der Rückfall aus europäischer Gemeinsamkeit in nationale Alleingänge, der Verlust von Wohlstand und Sicherheit und immer wieder auch das Ende von Demokratie und offener Gesellschaft stehen sehr wohl zur Debatte.

Da ist man erleichtert, sich rasch des Themas der heutigen Veranstaltung und des Titels des eigenen Vortrags zu vergewissern: „Aus der Katastrophe der Kriege zur europäischen Einigung“! Also können wir am heutigen Tage, und im Lichte des Gedenkens an Konrad Adenauer an seinem 138. Geburtstag, doch noch eine Erfolgsgeschichte erzählen. Denn so ist die Formulierung ja wohl gemeint: Das Zeitalter der Kriege und der nationalistischen Massengewalt haben wir hinter uns gelassen, weil und indem wir uns auf den Weg in die europäische Einigung begeben haben, ja diese Einigung – das Wort nun als Zustand, nicht als Prozess verstanden – erfolgreich herbeigeführt haben. Erzählt man diese Erfolgsgeschichte, kommen auch die anderen, die „kleineren“ Gedenkjahre neben dem Säkularereignis Erster Weltkrieg zu ihrem Recht, die uns in den kommenden zwölf Monaten beschäftigen werden, darunter der 65. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des „Petersberger Abkommens“ vom 22. November 1949, und nicht zuletzt auch der 25. Jahrestag des Mauerfalls, der ja nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Zäsur ersten Ranges markiert.

I.

Ich will diese Geschichte mit einigen, ganz groben Strichen nachzeichnen: Im Ausbruch des Ersten Weltkriegs endete im Sommer 1914 jäh das von Fortschrittserwartung und Fortschrittserfahrung

geprägte, das „bürgerliche“ 19. Jahrhundert. Europa begann sich selbst zu zerfleischen und den erreichten Fortschritt, im geistigen wie im materiellen Sinne, zu verspielen. Gewiss, das 19. Jahrhundert war, für Deutschland ganz besonders seit der Reichseinigung von 1871, das Zeitalter der Nationalstaaten gewesen. Aber es war auch eine Zeit der zunehmenden europäischen, ja der globalen Verflechtungen, so dass man für die vorletzte Jahrhundertwende geradezu von einer „ersten Welle der Globalisierung“ spricht. Gerade auch der kulturelle Reichtum dieser Verflechtungen und multinationalen Überlagerungen ist erst in letzter Zeit von der Forschung wiederentdeckt worden, im selbstverständlichen Austausch von Theaterinszenierungen zwischen Berlin und London ebenso wie in dem multinationalen, dem vielsprachigen, dem multireligiösen Zusammenleben in den großen Städten Ostmitteleuropas, vom Baltikum bis ans Schwarze Meer.

Der Erste Weltkrieg beendete vieles davon, und das Friedensarrangement von 1918/19, völkerrechtlich fixiert in den Pariser Vorortverträgen, konnte diese vielfältigen Lebensformen der europäischen Integration nicht wieder herstellen. Verbindungen blieben gekappt; Nationalismen ließen sich nicht wieder einfangen. Ja, die demokratische Idee vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson idealistisch propagiert, richtete sich gegen die multinationalen Imperien und verstärkte ungewollt die Tendenz zur nationalen und ethnischen Entmischung in Mittel- und Osteuropa. Die auf diese Weise gebildeten neuen Demokratien erwiesen sich als äußerst instabil, nicht nur in Deutschland, aber hier, in der Weimarer Republik, auf besonders radikale Weise und mit besonders dramatischen Folgen. Der Nationalsozialismus appellierte geschickt an das in der Folge des Ersten Weltkriegs beschädigte nationale Selbstbewusstsein der Deutschen, verküpfte das Versailler Trauma mit dem Hass auf das vermeintlich Fremde, das Nicht-Deutsche, das „Westliche“ und projizierte ihn auf schließlich mörderische Weise auf die Juden nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Über die Frage der „Kriegsschuld“ wird seit einiger Zeit, viele von Ihnen werden es wissen, für den Ersten Weltkrieg neu diskutiert, und gerade nichtdeutsche Wissenschaftler wie Christopher Clark stellen die Hauptverantwortung des Deutschen Reiches für die Eskalation in der Julikrise 1914 wieder in Frage. Auch das, übrigens, korrespondiert mit den Parallelen in unsere Gegenwart von 2013/14. Denn wenn Europa, wie man früher sagte, in den Krieg von 1914 bis 1918 eher „hineingeschlittert“ ist, dann scheint die heutige Wiederholungsgefahr einer Katastrophe größer. 25 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs, also vor 75 Jahren, im September 1939, war die Situation zweifelsfrei eine andere. Hitlers nationalsozialistisches Regime betrieb von Anfang an eine Aufrüstungs-, Revisions- und Kriegspolitik, die mit dem Überfall auf Polen ihre lange angestrebte Verwirklichung fand. Dahinter stand ein paradoxes, ein pervertiertes Projekt der „Einigung“ Europas durch deutsche Expansion und die Unterwerfung möglichst des ganzen Kontinents, vom Atlantik bis zum Ural, unter die imperial-koloniale Vorherrschaft des Deutschen Reiches. Ende 1942 erreichte diese Vision den Höhepunkt ihrer territorialen Verwirklichung, während gleichzeitig die Ermordung von Millionen Juden in den Lagern der „Aktion Reinhardt“, in Belzec, Sobibor und Treblinka, in ihre radikalste Phase getreten war.

Im Mai 1945 war Deutschland besiegt und befreit, und war Europa zerstört und von einer Einigung, so schien es, weiter entfernt als jemals zuvor. Die Alliierten grenzten ihre Einflusssphären ab, und die stalinistische Sowjetunion ließ den „Eisernen Vorhang“ mitten in Europa, und mitten durch Deutschland hindurch, heruntergehen. In den westlichen Besatzungszonen erhielt die Demokratie eine zweite Chance. Die Orientierung auf den Westen, auf das politische System und die freiheitliche Verfassung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs war ein erzwungener Glücksfall für die junge Bundesrepublik. „Erzwungen“ im doppelten Sinne: einmal durch den Druck der westlichen Alliierten, der militärischen Sieger, die der „re-education“ den Vorrang vor der Bestrafung gaben, und zum anderen durch die Sowjetunion, die eine nationale Orientierung nach

Osten, ein Wiederfinden der deutschen Rolle als Macht in der Mitte Europas, nicht zuließ.

Man spricht in letzter Zeit manchmal etwas abfällig, geringschätzig, kritisch über diese erzwungene Westorientierung der Bundesrepublik und die politische Einigung des westlichen, nicht des ganzen Europas, die sich daraus zunächst ergab: Wie arrogant, von „europäischer Einigung“ zu reden, wenn Mittel- und Osteuropa außen vor blieben. Und dass die Bundesrepublik sich so vorbehaltlos auf den Westen einließ – nichts als ein Produkt ideologischer Verblendung eines von beiden Seiten geführten „Kalten Krieges“? Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Gewiss wäre eine gesamtdeutsche Demokratie, ein demokratischer Nationalstaat 1949 vorzuziehen gewesen, aber es waren nicht die westlichen Alliierten und nicht die Westdeutschen, die dies verhindert haben. Gewiss hätte die beginnende europäische Integration auch das Europa östlich der Elbe umfassen können, und niemand hätte das sehnlicher gewünscht als die Mehrheit der Polen und Tschechen und Slowaken, die sich stattdessen in das sowjetische Satellitensystem fügen mussten.

Ob ein anderes Szenario, das eines ungeteilten Deutschlands und Europas, für die langfristige Entwicklung von Demokratie und liberaler Verfassung in Deutschland besser gewesen wäre als die erzwungene Verwestlichung, bleibt eine kontrafaktische Frage. Statt über sie zu spekulieren lohnt es sich mehr, daran zu erinnern, wie klug, ja nachgerade ingeniös Konrad Adenauer als erster Bundeskanzler mit dieser Zwangslage umging. Die eigene Verankerung im Westen Deutschlands, im liberalen, Frankreich zugewandten, nie wirklich preußisch gewordenen Rheinland kam ihm dabei zugute. Adenauer erkannte die Lage, wie sie nun einmal bestand und auf absehbare Zeit bestehen würde, besser als viele Sozialdemokraten, die mit Kurt Schumacher, dem fraglos bewunderungswürdigen Antipoden Adenauers, auf die nationale Karte setzten. Und er verstand es meisterhaft, erstens die Vorbehalte der westlichen Siegermächte zu akzeptieren, zweitens der Bundesrepublik gleichwohl Respekt und Augenhöhe zu verschaffen, und drittens die europäische Einigung,

zumal die Aussöhnung mit Frankreich, als genuinen Auftrag und genuines Interesse der westdeutschen Demokratie voranzutreiben. Was den Respekt und die Augenhöhe betrifft, machte er das mit dem berühmten Schritt auf den Teppich hier im Grandhotel Petersberg am 21. September 1949, anlässlich seines Antrittsbesuchs bei den Alliierten Hohen Kommissaren, auf legendäre Weise sinnfällig.

Aus der Katastrophe der Kriege zur europäischen Einigung: Diese Lehre zog nicht nur Konrad Adenauer, sondern zogen mit ihm europäische Staatsmänner wie Robert Schuman, Jean Monnet und Alcide de Gasperi, und ihnen folgten die Bevölkerungen Westeuropas, auch die Westdeutschen, auch wenn sie dazu nicht in Volksabstimmungen befragt wurden und gegenüber manchen Wegen der europäischen Integration skeptisch waren, und skeptisch geblieben sind. In den letzten Jahren hat sich wieder einmal verstärkte Kritik am europäischen Einigungsprozess artikuliert: Es habe sich eben, und das sei schon ein Geburtsfehler gewesen, um ein Elitenprojekt gehandelt, dem die demokratische Legitimität von Anfang an gefehlt habe. Man kann sehr wohl die „Demokratiedefizite“ der Europäischen Union einklagen und dennoch davor warnen, solche Kritik unreflektiert ins Kraut schießen zu lassen. Denn erstens hat es sich um ein Projekt gehandelt, das über viele Jahrzehnte immer wieder im Vordergrund der deutschen Politik stand, von Parteien in breitem Konsens getragen, denen die Zustimmung, nicht nur in Wahlen, immer wieder gewährt worden ist. Auch die letzte Bundestagswahl hat das nachdrücklich unterstrichen. Und zweitens kann man angesichts der deutschen Geschichte nur sagen: Selbst wenn es so wäre, haben wir schon schlimmere Elitenprojekte erlebt. Gerade die Tatsache, dass politische und wirtschaftliche und intellektuelle und kirchliche Eliten, im Einklang miteinander, sich nachhaltig auf die Seite der europäischen Einigung gestellt haben, hat Europa und hat auch die deutsche Nachkriegsdemokratie stärker gemacht.

Hier ist nicht die Zeit, die Etappen des europäischen Einigungsprozesses seit der Montanunion und den Römischen Verträgen nachzuzeichnen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

hat zur Prosperität Westeuropas in den Nachkriegsjahrzehnten, nicht zuletzt zum westdeutschen „Wirtschaftswunder“, maßgeblich beigetragen, aber das Einigungsprojekt dennoch nie unter den Primat einer bloß ökonomischen Rationalität geraten lassen. Die politische und die kulturelle Zusammengehörigkeit bildeten immer den eigentlichen Fluchtpunkt, und deshalb ist es besonders schön, dass das 1963, vor gut 50 Jahren, im Rahmen des Elysée-Vertrags gegründete Deutsch-Französische Jugendwerk gleich in Person von Nils Thieben das Wort erhält. Und immer war klar: Die europäische Gemeinschaft ist eine Gemeinschaft von Demokratien. Nur demokratische Staaten können ihr beitreten, nur rechtsstaatliche Demokratien können ihr angehören. Diese Funktion der Demokratiesicherung spielt heute im Blick auf die (nicht mehr ganz so) jungen Demokratien Osteuropas eine wichtige Rolle, aber die Deutschen sollten nicht vergessen, dass die Argusaugen der Nachbarn am Anfang, mit allem Recht, über uns gewacht haben.

Eine von vielen kaum für möglich gehaltene Erweiterung, ja Erfüllung erlebte die europäische Einigung seit dem Jahre 1989, mit dem Mauerfall, dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa, dem Zerfall der Sowjetunion, den friedlichen demokratischen Revolutionen in der anderen Hälfte des Kontinents. Das ist nun bald 25 Jahre her, und zehn Jahre die große Osterweiterung der Europäischen Union. Sie hat unterstrichen und unterstreicht bis heute: die Einigung Europas ist nicht nur ein Friedensprojekt, sondern auch ein Anti-Diktatur-Projekt. Sie ist übrigens auch, im Sinne Adenauers und der unmittelbaren Nachkriegszeit, ein Verwestlichungsprojekt geblieben. Dies in mehrfachem Sinne: die Attraktivität des Westens, weit über seinen Vorsprung im Materiellen, im Lebensstandard und sozialen Niveau hinaus, ja die Attraktivität der europäischen Einigung selber hat in den 80er Jahren maßgeblich dazu beigetragen, die Legitimität der kommunistischen Diktaturen zu unterspülen. Und die jungen Demokratien Ostmitteleuropas strebten in den Westen, auch sicherheitspolitisch und militärisch – nicht zufällig sind Polen, Tschechien und Ungarn der NATO fünf Jahre früher beigetreten als der

EU. Die Einigung Europas, vorläufig bis vor die Grenzen Weißrusslands und der Ukraine, ist auf der Spur der westeuropäischen Einigung geblieben.

Uns Deutschen ist bei diesem Gedanken manchmal seltsam unbehaglich zumute, als ob damit ein großer Verlust, eine schmerzhaft Preisgabe eigenständiger, nicht-westlicher Traditionen verbunden wäre. Ich vermag, offen gesagt, diesen Verlust nicht zu sehen. Hilfreich ist wie so oft ein Blick über die Grenzen: Die übergroße Mehrheit der Menschen in Warschau und Prag und Bratislava würde alles andere als eine Verwestlichung im Lichte des Umbruchs von 1989 nicht nur für absurd halten. Sie haben auch erfahren, dass ihre eigenen Traditionen, ihre nationale und kulturelle Selbstständigkeit erst im Ausgang aus dem Imperium und unter dem Dach Europas überhaupt wieder zur Geltung kommen konnten. Denn das vereinte Europa, dieses seltsam unbeholfen zusammengefügte Gebilde, ist kein Bundesstaat geworden, und noch weniger ein neues Imperium.

II.

Also doch: alles in allem eine große Erfolgsgeschichte? Ein Aufstieg „aus der Katastrophe der Kriege“, und wir könnten ergänzen: der Diktaturen, „zur europäischen Einigung“? Ich habe eingangs schon angedeutet, dass es in letzter Zeit schwerer fällt, diese Geschichte des 20. Jahrhunderts zu erzählen; aus unterschiedlichen Gründen; in der Geschichtswissenschaft ebenso wie in einer breiteren Öffentlichkeit. Erstens hat die Geschichtswissenschaft, hat die Zeitgeschichte neue Perspektiven auf die die europäische Geschichte seit dem späten 19. Jahrhundert entwickelt. Darauf will ich kurz eingehen, aber auch mit einer Gegenthese darauf antworten. Zweitens könnte es sein, dass die europäische Integration tatsächlich ihren historischen Höhepunkt überschritten hat und ein Projekt, das die Nachkriegsjahrzehnte geprägt hat, sich im 21. Jahrhundert zunehmend wieder verflüchtigt. Diese Möglichkeit gilt es zu prüfen, aber erneut möchte ich sie mit

einer Gegenthese konfrontieren. Drittens stehen wir im Banne des Blickes auf den Abgrund von 1914 – ich möchte dafür plädieren, sich davon nicht gefangen nehmen zu lassen, sondern die Herausforderungen der Zukunft zu diskutieren und anzupacken.

Zunächst also: die Zweifel der Wissenschaftler. Natürlich, herkömmliche Perspektiven in Frage zu stellen, den Common Sense auch einmal auf den Kopf zu stellen gehört zu Selbstverständnis und Aufgabe jeder Wissenschaft dazu, und da bilden die Historiker keine Ausnahme. Sie sind, auf einer ganz grundsätzlichen Ebene, skeptisch geworden gegenüber den „großen Erzählungen“, also den in kräftigen Strichen, in klaren Strängen gebündelten Deutungen historischer Prozesse. Erst recht gilt das für die „große Erzählung“ vom Fortschritt, von dem Richtungspfeil der Geschichte, der nach allerlei Zacken und Ausschlägen und schlimmen Abstürzen letztlich, und jedenfalls wieder seit 1945, doch nach oben zeigt. Die nach 1989 geprägte Vorstellung, dass die Geschichte des 20. Jahrhunderts in zwei sehr unterschiedliche Hälften zerfällt, ist zunächst gerne aufgegriffen worden: Auf eine schlechte, nein katastrophale erste Hälfte, gekennzeichnet durch zwei Weltkriege, durch extremen Nationalismus und Rassismus, durch radikalisierte Ideologien in linken und rechten Varianten, die ihre Gewaltbereitschaft rücksichtslos und in ungekannter Dimension umsetzten, folgte seit den späten 1940er Jahren eine gute, oder doch eine bessere Hälfte, in der radikale Ideologien verblassten, Gewalt eingehegt wurde, in der Sicherheit, Wohlstand und Freiheit jedenfalls in der westlichen Welt in ebenso unvorstellbarem Umfang verwirklicht wurden. Dazu passt auch der Titel unserer Veranstaltung. Vom „zweiten Dreißigjährigen Krieg“ Europas zwischen 1914 und 1945 sprechen die Historiker, und die prosperierende Nachkriegsära seitdem, zumal die Zeit des wirtschaftlichen Booms bis in die 1970er Jahre, sind die „Goldenen Jahrzehnte“ genannt worden.

Aber, wie gesagt, die Klarheit dieser Linien bereitet inzwischen eher Unbehagen. War der Einschnitt von 1945 wirklich so tief; haben die dunklen Seiten der ersten Jahrhunderthälfte nicht tief in die zweite hineingeragt? Diese Frage treibt in immer neuen Varianten, an immer

neuen Beispielen um, und die meisten dieser Fragen werden durchaus mit Recht gestellt. Wir alle kennen die alte Frage, ob die Bundesrepublik 1949 denn wirklich schon in vollem Sinne eine liberale Demokratie gewesen sei, oder nicht eher eine Nachgeburt des Nationalsozialismus, ob man nun an unzweifelhafte personelle Kontinuitäten denkt oder an den schwierigen Abschied von Staatsgläubigkeit und autoritären Verhaltensmustern im Alltag. Und ist nicht die liberale Demokratie, zumal in ihrer von den USA propagierten Variante, in der Zeit des „Kalten Krieges“ selber eine Ideologie gewesen, die mit ihrem bornierten Antikommunismus den Westdeutschen 1945/49 nahtlose Anknüpfungspunkte bot?

Viele gesellschaftliche und kulturelle Grundmuster des frühen 20. Jahrhunderts lebten bis in die 60er und 70er Jahre fort, wozu auch der Fortschrittsglaube selber zählte, in seiner Variante des Glaubens an die unbedingte Realisierung von Utopien, an die Machbarkeit der Welt unter allen Umständen, seien sie nationalsozialistisch, stalinistisch oder eben liberal-demokratisch. Als diese Zeit sich aber zu Ende neigte – in der Bundesrepublik verbinden wir das mit dem Schock der ersten Ölkrise 1973/74 und dem schmerzhaften Lernen der „Grenzen des Wachstums“ –, eröffnete sich keineswegs eine bessere Zukunft, sondern begann, folgt man dieser verbreiteten Sichtweise, eine neue Dauerkrise, die durch ökonomische und alltägliche Unsicherheit, durch sozialen Rückbau und Freiheitsverluste gekennzeichnet ist – und bleibt, denn diese düstere Geschichte lässt sich bis die Wirtschafts- und Finanzkrisen seit 2008 und in die Risiken der digitalen Welt fortschreiben.

Was bleibt da noch vom Fortschritt übrig, wenn auf die Kontinuität der dunklen Jahrhunderthälfte eine neue Periode des Verfalls, der Aushöhlung und Erstarrung folgt? Ist nicht auch die europäische Einigung zu einem bürokratischen Monster geworden, das sich überdies den Sachzwängen der kapitalistischen Märkte angepasst hat? Diese Fragen treiben nicht nur die Wissenschaft, sondern sie treiben viele Menschen um und verdienen differenzierte Antworten. Und am Ende des Tages bleibt es dabei: Sonnige Fortschrittsgeschichten

lassen sich heute nicht mehr so erzählen wie früher; zumal auf die jüngere Generation wirken sie unglaublich. Aber auf der anderen Seite sollte uns das Differenzierungsvermögen nicht davon abhalten, ein paar klare Linien zu ziehen. Der Blick auf Kontinuitäten und Krisen darf die Maßstäbe nicht aus dem Auge verlieren: Wovon reden wir eigentlich, wenn wir Freiheitsgefährdungen heute beklagen, oder von einer Diktatur Brüssels sprechen – und im selben Atemzug von Unfreiheit und Diktatur im nationalsozialistischen Deutschland oder in der stalinistischen Sowjetunion in den 1930er Jahren?

Deshalb meine angekündigte „Gegenthese“: Das Ende des Nationalsozialismus und die Gründung der Bundesrepublik, die Befriedung Europas und der gemeinsame demokratische Neubeginn im Westen des Kontinents, gemeinsam mit den USA, das und noch mehr lässt die Jahre zwischen 1945 und 1949 zu einer tiefen Zäsur, zu der entscheidenden Zäsur des 20. Jahrhunderts werden. Danach ist nicht alles einfach und nicht alles gut geworden, aber fast alles – ich sage das bewusst so plakativ und so normativ – fast alles besser. Bewirkt hat das nicht der Weltgeist, sondern haben es Männer und Frauen, von denen wir heute stellvertretend an einen erinnern, mit ihren Überzeugungen, ihrer Tatkraft und ihrer, ja, Menschenfreundlichkeit, die häufig aus tiefem christlichen Glauben kam.

Aber man muss nicht den Spitzfindigkeiten der wissenschaftlichen Debatte folgen, um bei der Formel „Aus der Katastrophe der Kriege zur europäischen Einigung“ ein inneres Zögern zu verspüren. Nach den mutigen Anfängen in den 50er Jahren galt die europäische Integration gerade auch in der Bundesrepublik Deutschland als weithin selbstverständlich. Aus verschiedenen Gründen haben sich die Deutschen nach der Erfahrung von Weltkriegen und Nationalsozialismus besonders bereitwillig auf dieses Projekt eingelassen, und erneut muss man betonen: in den Eliten ebenso wie in der breiten Bevölkerung. Die langfristige Perspektive auf einen nationalen Souveränitätsverzicht, auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ konnte in den 70er und 80er Jahren geradezu

Selbstverständlichkeit beanspruchen, viel eher als in Frankreich, von Großbritannien ganz zu schweigen.

Zwei historische Erfahrungen sprachen dafür: Erstens war das geteilte Deutschland ohnehin kein Nationalstaat mehr, und nicht wenige hielten das, im Sinne von Frieden und Stabilität in Europa, für eine schmerzliche aber sinnvolle Dauerlösung. Und zweitens schien ein europäischer Bundesstaat ja nur zu wiederholen, was ein Jahrhundert früher, im Aufgehen souveräner Staaten im Deutschen Reich, schon einmal gelungen war und sich nun, eine Stufe höher, wiederholen könnte. Es scheint paradox: Zwar schimpfen die Deutschen gern und viel über Europa, über „Brüssel“ zumal, aber wie kaum eine andere Nation tun sie sich schwer zu verstehen, dass die Europäische Union seit den 90er Jahren etwas anderes geworden ist als ein Bundesstaat, ein kompliziertes Gebilde ganz eigener Art mit vielfach verschachtelten Souveränitäten, das eher an das Heilige Römische Reich vor 1806 erinnert als an den Bundesstaat von 1871.

In den letzten zehn Jahren haben vielfältige Krisenerfahrungen den Eindruck verstärkt, der Fluss der europäischen Einigung sei ins Stocken geraten oder fließe sogar wieder rückwärts. Im Oktober 2004 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs in Rom den Vertrag über eine Verfassung in Europa – doch der Vertrag trat, wie wir wissen, nie in Kraft, nachdem sich die Bevölkerung in zwei Kern- und Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft, in Frankreich und den Niederlanden, dagegen aussprach. Gleichzeitig strapazierte die Osterweiterung, zumal mit ihrer Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007, die Möglichkeiten der inneren Vertiefung, bis in die aktuelle Debatte um Zuwanderung und Freizügigkeit hinein. Vor allem aber führte die globale Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008, die in die europäische Staatsschuldenkrise mündete, zur wohl schwersten Belastungsprobe europäischer Einheit, zu einer Zerreißprobe, bei der für viele nicht nur die gemeinsame Währung auf der Kippe stand. Der in Griechenland oder Spanien auf die Straße getragene Zorn, ja manchmal Hass auf die deutsche Regierung – oder auf die Deutschen überhaupt? – weckte Befürchtungen einer Rückkehr

in nationalistische Emotionen, Erinnerungen an „1914“. Nicht minder gilt das für ernste Sorgen, aber auch für propagandistische Trommler, die in Deutschland, vermeintlich mit ökonomischer Expertise ausgestattet, der Rückkehr zu nationalen Institutionen das Wort reden.

Ist das ein plausibles Szenario: eine Stagnation, eine Sackgasse, ja eine Rückabwicklung der europäischen Einigung, die sich im Rückblick als ein etwas traumtänzerisches Nachkriegsprojekt erweist? Ich möchte auch hier eine klare Gegenthese formulieren: Bei der europäischen Einigung seit den 1950er Jahren handelt es sich um nichts weniger als eine Revolution. Revolutionen pflegen ein durchaus widersprüchliches Erbe zu haben. Aber zurückzudrehen sind sie nicht. Es gibt keine Ausstiegsoption, und das ist auch gut so. Mit dieser These will ich mögliche Skepsis keineswegs in geschichtsphilosophischem Fatalismus ertränken. Vielmehr lässt sich eine lange Reihe empirischer Belege dafür anführen, angefangen von dem baren ökonomischen Unsinn, man könne die Deutsche Mark als Währung wiedereinführen, als habe sie insgeheim – gewiss ja unter manchen Kopfkissen – immer weiterbestanden. Wichtiger noch: Im Lichte der Krisenerfahrungen seit 2004 neigen wir dazu, die Erfolge der europäischen Integration erheblich zu unterschätzen. Dass die deutsche Wirtschaft von der gemeinsamen Währung ganz erheblich profitiert hat, ist ohnehin ein Gemeinplatz, auch wenn er auf dem populistischen Boulevard gelegentlich in Vergessenheit gerät.

Vergesslichkeit, sogar gefährliche historisch-politische Ignoranz ist auch im Spiel, wenn wir die Revolution von 1989, die sich in den nächsten Monaten zum 25. Male jährt, nicht würdigen oder auf ein bloß deutsches Ereignis reduzieren. Die ehemaligen Kriegsgegner, einschließlich der Sowjetunion, und unsere europäischen Nachbarn, einschließlich Polens, haben uns die deutsche Wiedervereinigung erlaubt um den Preis der Einbindung in Europa und der Solidarität mit Europa. Kein schlechter Deal, den Helmut Kohl damals gemacht hat: einen „Preis“ zu zahlen, der in Wirklichkeit selber ein großer Gewinn ist! Kein europäischer Fortschritt, Stagnation, Erosion in diesem Zeitraum – wie wollen wir eine solche Sicht eigentlich unseren

polnischen Nachbarn erklären? Für Südeuropa gilt das im Grunde ganz ähnlich. In diesem Jahr 2014 feiern Portugal und Griechenland jeweils 40 Jahre Demokratie, die „Nelkenrevolution“ im April und den Sturz der Militärjunta im Juli 1974. Im folgenden Jahr begann nach dem Tod Francos im November 1975 die spanische „Transición“. Nicht zufällig sind es diese drei Länder, die jetzt im Fokus der Krise standen. Aber diese Krise offenbarte keineswegs das Scheitern ihres demokratischen und europäischen Weges seitdem. Sie zeigte vielmehr, gerade im Falle Spaniens, welchen unglaublichen Fortschritt sie aus der Rückständigkeit in die politische und, ja, auch in die wirtschaftliche und soziale Wohlstandsnormalität West- und Mitteleuropas in kurzer Zeit, und teils in Überschätzung der Kräfte, zurückgelegt haben.

Gewiss bleibt die Situation, gerade in Griechenland, schwierig. Aber lassen Sie mich eine Prognose wagen: Die Krisenbewältigung der vergangenen zwei Jahre hat zu keinem Zeitpunkt einen gordischen Knoten durchschlagen – wo in der Politik findet man das überhaupt noch? Aber sie wird im Rückblick einmal als eine Meisterleistung der europäischen Beharrlichkeit und des europäischen Erfolgs erscheinen, auch – wenn Sie mir diese Bemerkung gestatten – als ein persönlicher Erfolg einer deutschen Bundeskanzlerin. In höchster Bedrängnis hat kein Land die EU verlassen, hat kein Mitgliedsland die gemeinsame Währung verlassen, geschweige denn die rechtsstaatliche Demokratie durch ein autoritäres Regime ersetzt. Das war nicht nur in Europa über weite Strecken des 20. Jahrhunderts oft anders, sondern geschieht auch weiterhin in anderen Regionen der Welt, die über einen vergleichbaren supranationalen „Rettungsschirm“ nicht verfügen.

Am Ende eines Vortrags, meine Damen und Herren, sollte sich der Kreis zum Anfang wieder schließen. Das fällt leicht, denn mein dritter Punkt, der nur noch ganz kurz werden wird, bezieht sich wieder auf die gegenwärtig so omnipräsente Erinnerung an 1914, an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren. Die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung nach dem schrecklichen Absturz in mehr als drei Jahrzehnte Krieg und Völkermord: Hängt sie nicht an einem

seidenen Faden, der jederzeit reißen kann? Haben sich in den letzten Jahren nicht die Anzeichen gemehrt, dass 2014 jederzeit wieder ein 1914 werden könnte? Im Grunde sind solche Mahnungen sympathisch, denn wir wollen lieber in Demut statt mit ostentativ stolzgeschwellter Brust durch die Welt gehen. Aber die ständigen Kassandrarufe – sie nerven auch, und nicht selten erinnert die Beschwörung von 1914 weniger an ein historisches Argument als an den Spuk um den vermeintlichen Weltuntergang nach dem Maya-Kalender am 21. Dezember 2012.

Wenn man in den letzten Monaten durch die Buchhandlungen gegangen oder in den Feuilletons großer Tageszeitungen gelesen hat, konnte man sich vor einer neuen Welle des deutschen Kassandratums kaum retten. Wir sind auf dem absteigenden Ast; das Ende ist nahe, wenn wir nicht schnell noch umkehren; wir leben in entleertem Europa und in ausgehöhlter, zur bloßen Fassade verkommener Demokratie. Solches Denken ist keineswegs dem linken oder rechten Rand vorbehalten, sondern weit in den bürgerlichen Mainstream eingesickert. Auch da hilft ein Blick über die Grenzen, zu vielen unserer Nachbarn, die über ein höheres Maß an Common Sense verfügen. Oder es hilft ein Blick zurück: sich zu erinnern an den tatkräftigen und lebensnahen, zugleich skeptischen und selbstbewussten Optimismus, aus dem heraus Konrad Adenauer ein demokratisches Deutschland und ein vereintes Europa gestaltet hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.